Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatl. 2.– RM. Postbezug 2.– RM. (einschließl. 18,6 Rpf. Postgebühren), hiervon 36 Rpf. Bestellgeld, Postversandgeld 2.– RM. Kreuzbandversendung: Inland 75 Rpf., Ausland 2.– RM. mehr. Einzelpreis: Außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf., in Groß-Dresden 10 Rpf.

Anzeigenpreisliste: Grundpreis: die zweispaltige mm-Zeile 34 Rpf., private Familienanzeigen zweispaltig 22 Rpf., die zweispaltige mm-Zeile als Werbeanzeige 1,35 RM. Nachlaß nach Matrikel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. zusätzlich Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 11 gültig.

Verlag und Schriftleitung: Dresden A, Ferdinandstraße 4 • Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 22981 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2066

Nr. 180 | Dienstag, 4. August 1942 | 50. Jahrgang

Feindwiderstand nördlich des Kuban gebrochen

Baschanta kämpfend durchschritten

Rollende Luftangriffe auf Armavir — Nur noch zusammenhanglose sowjetische Gegenwehr

*** Berlin. Die Lage an der Ostfront bleibt weiter gekennzeichnet durch die rastlose Verfolgung der Sowjets im Süden in Richtung auf den Kuban und das zähe Standhalten der deutschen und verbündeten Truppen gegen die Entlastungsangriffe, die die Bolschewisten an mehreren anderen Frontabschnitten unternehmen.**

Am 2. August wurde, wie das OKW. mitteilt, in Verfolgung des geschlagenen Feindes im Gebiet nördlich des Kubanflusses die Linie Bjelaja-Glina—Baschanta überschritten. Die Bolschewisten leisteten nur zusammenhanglosen Widerstand. Die feindliche Gegenwehr wurde überall gebrochen und der Vormarsch fortgesetzt. Truppen des deutschen Heeres und der Waffen-SS drangen über die Bahnstrecke Salsk—Tichorezk weiter gegen den Oberlauf des Kuban vor. Die Stadt Baschanta am Jegorlykfluß wurde kämpfend durchschritten.

Planloser Widerstand feindlicher Nachhuten, die insbesondere die Flußübergänge zu verteidigen versuchten, wurde gebrochen. Mehrere feindliche Kräftegruppen, die durch überholende Verfolgung von deutschen Truppen abgeschnitten und eingeschlossen worden waren, führen weit hinter den deutschen Angriffsspitzen einen aussichtslosen Kampf. Außer slowakischen Truppen waren auch die Rumänen erfolgreich, die zusammen mit deutschen Verbänden die Bolschewisten zwischen Don und Sal nach Osten zurückwarfen. Eine starke feindliche Kolonne, die, von Norden kommend, südlich des Sal durchzubrechen versuchte, wurde nach Norden zurückgeworfen. Die Luftwaffe richtete ihre Angriffe besonders gegen den feindlichen Verkehr auf Straßen und Bahnen. Zahlreiche Geschütze, die an beherrschenden Geländepunkten zur Verstärkung eiligst ausgehobener Feldstellungen eingegraben waren, wurden durch Bomben zerstört. Durch rollende Luftangriffe gegen die wichtigsten Anlagen der Bahnstrecke von Tichorezk nach Armavir [illegible]

Im großen Donbogen bekämpften Infanterie- und motorisierte Verbände die vom Feind rücksichtslos eingesetzten Reserven und schossen dabei 85 bolschewistische Panzerkampfwagen ab. Die Luftwaffe vernichtete zwei Straßen- und zwei Pontonbrücken über den Don und verhinderte so das Zuführen feindlicher Reserven und feindlichen Nachschubs an Waffen und Munition. Im nördlichen Teil des Donbogens ergaben sich nur unbedeutende örtliche Kampfhandlungen. Italienische Verbände nahmen zwei zäh verteidigte Ortschaften. Versuche einer feindlichen Kampfgruppe, auf das Westufer des Don überzusetzen, scheiterten ebenso wie örtliche Angriffe der Bolschewisten im Raum nördlich Semljansk.

Im Raum von Rschew führte der Feind am 2. August massierte Infanterie- und Panzerangriffe gegen die deutschen Stellungen. Bei der Abwehr dieser erfolglosen Vorstöße hatten die Bolschewisten sehr schwere Verluste an Menschen und Material. Die Kämpfe des Heeres waren durch das infolge starker Regenfälle versumpfte Gelände sehr erschwert. An der Wolchowfront wiederholte der Feind seine Angriffe gegen einen Brückenkopf gleichzeitig von Süden, Südosten und Norden. Alle Angriffe wurden abgewiesen und dabei drei feindliche Panzer vernichtet. An der Einschließungsfront von Leningrad scheiterte ein feindlicher Vorstoß.

Karte DNB.

Vor der „vielleicht verhängnisvollsten Woche" in Indien

Willkie mit einem Kompromißvorschlag unterwegs? — Wirrwarr der Meinungen in London

△ **Stockholm** (Eig. Dienst). Die Nachrichten, die in den letzten Tagen aus Indien in London eintreffen, sind nicht geeignet, die britischen Hoffnungen auf eine friedliche und rechtzeitige Beilegung des drohenden Konfliktes in Indien zu verstärken. Die insbesondere von Cripps und dem Indienminister Amery vorgebrachten Drohungen, die den Kongreß einschüchtern sollten, scheinen nicht gewirkt zu haben. Der Korrespondent von United Preß schreibt aus Kalkutta, daß in Indien die „vielleicht verhängnisvollste Woche" begonnen habe. In indischen Kreisen Kalkuttas betone man, daß, wenn Indien jetzt nicht volle Freiheit erhalte, die „latente Unzufriedenheit" zu offenem Aufruhr übergehen werde, und man erkläre auch, daß bei einem Eindringen der Japaner in Indien die Inder sich nur verteidigen könnten, wenn sie frei wären.

Die schon seit längerer Zeit kursierenden offiziellen, aber bisher weder von Washington noch von London bestätigten Gerüchte, daß Wendell Willkie sich im Auftrage Roosevelts durch eine Reise nach Indien einzuschalten gedenke, haben nun durch eine andere United-Preß-Meldung neue Nahrung erhalten. Danach soll Willkie tatsächlich einen Kompromißvorschlag dem Kongreß unterbreiten. Dieser Vorschlag solle vor allem Garantien verlangen gegen die Aktivität der indischen Nationalisten, deren Tätigkeit, wie es in der Meldung heißt, der Kriegführung der „Alliierten" gefährlich sei, vor allem auch den ostasiatischen Interessen der Vereinigten Staaten. Welche Gegenleistung der Kompromißvorschlag vorzubringen gedenkt, wird in der Meldung nicht gesagt. Dagegen wird angedeutet, daß Willkie auch Tschang Kai-schek und Stalin aufsuchen werde, um die Indienfrage zu besprechen. Wie verworren die Lage ist, zeigt eine schwedische Information aus London, in der mit Bestimmtheit versichert wird, daß die britische Regierung nicht die Absicht habe, unter den gegenwärtigen Umständen mit der Kongreßpartei oder Gandhi, „sei es jetzt oder später, durch amtrikanische oder andere Vermittlung" zu verhandeln. Diese versteifte Haltung Englands scheint nach der gleichen Quelle auf die irrige Vorstellung zurückzugehen, daß Gandhis Einfluß im Sinken begriffen sei. Es ist möglich, daß diese Londoner Auffassung eine Entschließung der Allindischen Nationalistenliga in Puna, einer weniger bedeutenden Gruppe, im Auge hat, in der es heißt, daß die Liga der Politik und der Ungehorsamkeitsaktion des Gegners, gemeint ist Gandhi, nicht zustimme, obwohl die britische Regierung die Hauptschuld an der gespannten Lage trage, weil sie die legitimen indischen Forderungen ablehne.

Auf einer Versammlung des Arbeitsausschusses des Kongresses hielt der Mitarbeiter Gandhis und ehemaliger Präsident des Kongresses Patel eine Ansprache, in der er laut Reuter erklärte, der Kongreß habe der britischen Regierung seine Mitarbeit bei der Fortführung des Krieges angeboten und verlangt, daß die Zivilverwaltung und die Kriegsmaterialproduktion sowie die Stellung des Personals für die Verteidigungsstreitkräfte in seine Hände übergehen sollten. Aber die britische Regierung habe die Mitarbeit Indiens als freier Partner nicht gewünscht. Unter diesen Umständen habe der Kongreß den Entschluß gefaßt, daß die britische Streitmacht zurückgezogen werden sollte.

Preisrätsel: Wer kommandiert die zweite Front?

Britische Generale in Amerika unbeliebt — Engländer in USA. verweigern Rückkehr auf die Insel

+ **Lissabon.** In den USA. werden jetzt Preisausschreiben veranstaltet, wer wohl der beste alliierte Oberkommandierende für die zweite Front sei. England schneidet dabei am schlechtesten ab, berichtet „Daily Telegraph" aus Newyork. General Auchinleck sei wegen seiner Libyen-Niederlage nicht der geeignete Mann, General Wavell sei seit seiner Flucht aus Java überhaupt aus dem Gedächtnis der Nordamerikaner geschwunden. So konzentriere sich das Hauptinteresse auf General Mac Arthur, auf den nicht so dramatischen USA.-Generalstabschef Marshal und den kanadischen Oberkommandierenden General Naughton, der Nordamerikaner mit britischer Staatsangehörigkeit sei. An vierter Stelle werde de Gaulle und schließlich noch General Eisenhauer und Admiral Leahy genannt. Letzterer, weil bei einer Invasion in Westeuropa schließlich ein Admiral das Kommando haben müsse, denn es gehe doch einmal darum, den Kanal zu überqueren.

Wie gewisse Engländer die britischen Erfolgsschancen beurteilen, zeigen folgende Vorfälle: Die britische Regierung hatte alle in den Vereinigten Staaten lebenden englischen Männer und Frauen aufgefordert, nach England zurückzukehren, um bei den Kriegsanstrengungen mitzuwirken. Die Heimbeförderung wird auf Staatskosten erfolgen. Nach einer Aufstellung aus dem Jahre 1941 leben rund 292 000 britische Staatsangehörige in den USA.

Wie „Times" und „Daily Telegraph" nun berichten, weigern sich die meisten dieser Briten, der Aufforderung Folge zu leisten, und die wehrpflichtigen Männer wählen den Ausweg, sich in den USA. für den amerikanischen Heeresdienst mustern zu lassen, wo die Einberufung durch Auslosung erfolgt. Im übrigen geht aus der Londoner Presse hervor, daß man mit wachsender Empörung in England Kenntnis davon nimmt, daß eine beträchtliche Gruppe englischer Staatsangehöriger, unter ihnen bekannte Filmschauspieler und Schriftsteller in den USA., wie Charles Laughton und Cronin, die als Gruppe der freien Engländer bekannt sind, sich weigern, während des Krieges nach England zurückzukehren.

Die völlige Abhängigkeit der leitenden Kreise in Anglo-Amerika vom Weltjudentum, das den Haßkrieg gegen Deutschland angezettelt, zeigt eine sonst nicht besonders originelle Aeußerung des südafrikanischen Ministerpräsidenten Smuts, der sich in einer Botschaft an den Kongreß der südafrikanischen jüdischen Abgeordneten für die „Wiederherstellung der Freiheit und Gleichheit der Juden" nach dem Kriege einsetzte und den Antisemitismus „ein Krebsgeschwür am Herzen des Christentums" nannte.

Zwischen Kairo und Kalkutta

Die jüngsten Ereignisse an der Ostfront und in Nordafrika mit ihren Fernwirkungen auf den nahöstlichen und mittelasiatischen Raum sowie die Vorgänge im Fernen Osten haben den Krieg nun unmittelbar vor die Tore Indiens getragen. Wohl spielt Indien heute noch eine passive Rolle im großen Weltgeschehen, aber die Freiheitsrufe der indischen Nationalisten künden bereits die Stunde des aktiven Eingreifens an. Da die arabischen Nationen im Augenblick noch das gleiche Los wie das indische Volk zu tragen haben, hat die Gemeinsamkeit des Leidens eine gegenseitige Anteilnahme erweckt, die darin zum Ausdruck kommt, daß sich die Wellen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Geschehnisse im Mittelmeerbecken bis zu den Gestaden Indiens fortpflanzen.

Indien ist in diesen Tagen in den vielleicht entscheidendsten Abschnitt seiner Geschichte eingetreten. Die klar umrissenen Forderungen des Arbeitsausschusses der Allindischen Kongreßpartei, die das Ergebnis seiner letzten Beratungen in Wardha waren, gipfelten in dem Anspruch, daß Indien nur als völlig unabhängiger und gleichberechtigter Partner mit Großbritannien verhandeln könne. Dieser Standpunkt hat nicht nur die Zustimmung der überwiegenden arabischen Mehrheit gefunden, sondern auch die Engländer gezwungen, eine neue „Werbetaktik" gegenüber den Arabern anzuwenden. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Briten nach den in Ankara vorliegenden Nachrichten zur „Organisierung der Selbständigkeit der arabischen Staaten" einen sogenannten panarabischen Kongreß in London einberufen haben. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu wissen, daß sich hinter diesem von einem Dutzend Studenten und einigen von England gesandten Agenten besuchten „Kongreß" nichts weiter als der krasse englische Egoismus verbirgt. Mit anderen Worten: das Londoner Unternehmen ist lediglich ein Täuschungsmanöver, um die letzten Positionen der britischen Vorherrschaft im Nahen Osten zu behaupten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die englische Regierung, nicht einen Schritt weiter den Indern entgegengekommen, die Spannung im Nordosten und Mittleren Orient erheblich verstärkt hat. Allein die Londoner Drohung, gegebenenfalls „drakonische Maßnahmen" in Indien zu ergreifen, hat Empörung in der ganzen arabischen Welt hervorgerufen. Nachdem die englischen Bemühungen, bis zum Kriegsende einen Modus vivendi zu finden, auf der ganzen Linie gescheitert sind, kann sich auch Gandhi nicht mehr dem Einfluß der radikalen Strömungen in Indien entziehen, und seine Ankündigungen, daß es zur offenen Rebellion des indischen Volkes kommen werde, falls London die in Wardha aufgestellten Forderungen nicht erfülle, ist ein deutliches Zeichen der Wandlung, die sich vollzogen hat. Die unbewegliche Politik Großbritanniens gegenüber Indien hat die Gegensätze im indischen Lager stark gemildert. Die Anbahnung eines Ausgleiches ist nicht zuletzt auf die rege Tätigkeit der im Auslande wirkenden Führer der indischen Nationalisten zurückzuführen. Bekanntlich fand am 15. Juni in Bangkok die Eröffnungssitzung der indischen Unabhängigkeitskonferenz statt, die als bemerkenswertes positives Ergebnis die Tatsache buchen konnte, daß sich die japanische Regierung durch den Mund des Ministerpräsidenten Tojo vorbehaltlos bereit erklärte, sich für die indische Freiheitsbewegung tatkräftig einzusetzen. Da diese Erklärung zeitlich mit der Erklärung der Achsenmächte an die arabischen Völker zusammenfiel, hat sich nunmehr eine Abwehrfront von Kairo bis nach Kalkutta gegen den britischen Imperialismus gebildet. Daß es den Engländern im Grunde genommen gar nicht um die „Verteidigung" Indiens und der arabischen Staaten geht, sondern ausschließlich um die Ausbeutung des Kriegspotentials dieser Länder, beweisen hinreichend die jüngsten Richtlinien, die der Indienminister Amery den neuen Mitgliedern des Rates des Vizekönigs von Indien gab. Amery scheute sich nicht, die Mobilisierung aller indischen Arbeitskräfte im Dienste Großbritanniens als seine vornehmste Aufgabe zu bezeichnen.

Die Erbitterung des indischen Volkes gegen die britischen Unterdrücker wächst, denn die indischen Streitkräfte, die heute in vorderster Front kämpfen, sind nichts anderes als billiges Kanonenfutter. London selbst scheint sich jedoch nicht mehr stark genug zu fühlen, um der zunehmenden Unruhe Herr zu werden. In ihrer Notlage wandten sich die Engländer um Hilfe an die Vereinigten Staaten. Roosevelt erfüllte auch sofort den Londoner Wunsch, indem er seinen Vertrauten, Oberst Lewis Johnson, nach Indien sandte. Aber auch die Verhandlungen des Amerikaners mit den indischen Führern endeten mit einem Fiasko. Großbritannien ist heute völlig isoliert im indischen Raum, und dieser Tatbestand wirkte naturgemäß auf die Haltung der arabischen Völker. Noch bis vor kurzem waren die Inder damit einverstanden, alliierte Streitkräfte in Indien zu dulden. In der Entschließung des Arbeitsausschusses der Allindischen Kongreßpartei jedoch wurde die Forderung auf Zurückziehung britischer Truppen aus Indien erhoben.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Liquidierung des gegenwärtigen Zustandes unvermeidbar geworden. Indien kämpft heute nicht mehr um die Gleichberechtigung, sondern um seine absolute Freiheit. Der Zeit ist vorüber, in der sich Großbritannien der Hoffnung hingab, den Kongreß zu seinen Gunsten umstimmen zu können. Einsichtige Engländer haben seit langem ihre warnende Stimme erhoben, den Bogen nicht zu überspannen, aber sie fanden kein Gehör. Selbst Tschang Kai-schek, der anläßlich seines Besuches in Indien für ein neues Indienstatut eintrat, konnte die Londoner Machthaber nicht von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugen. Die Folgen dieser Unnachgiebigkeit ließen nicht lange auf sich warten. Die Ablehnung der Crippsschen Vorschläge war die unmittelbare Auswirkung der britischen Ueberheblichkeit.

Am 7. August wird nun der Allindische Kongreß in Bombay tagen und zu den Beschlüssen des Arbeitsausschusses Stellung nehmen; die Augen der ganzen Welt sind auf diese Sitzung gerichtet. Vielleicht werden schon die nächsten Wochen zeigen, ob Indien die Kraft aufbringt, den sich ihm bietenden günstigen Augenblick auszunutzen, um in Zukunft sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Dr. Heinz Mundhenke

Vorpostenstellung Weißruthenien

Unser Sonderberichterstatter Fr. v. Wilpert schließt hiermit die Reihe seiner Reiseschilderungen aus Ostland ab. (Vgl. DNN. Nr. 162, 170, 173 und 176 vom 14., 23., 27. und 30. Juli 1942.)

In Weißruthenien ist eigentlich alles anders, als in den übrigen drei Generalbezirken des Ostlandes. Die Voraussetzungen sind andere, unter denen das ehemalige Weißruthenien als Sowjetrepublik ins Leben gerufen wurde, die Trümmer sind andere, die der Zusammenbruch des Sowjetsystems hier hinterließ, und das Fundament ist ein anderes, auf dem der Aufbau vorgenommen werden muß. Die Weißruthenen haben nicht einmal vorübergehend die Gelegenheit zur Bildung eines eigenen Staates gehabt, sie waren im zaristischen Rußland Objekt einer Politik, die ihre völkische Wesensart nicht anerkannte, und waren es noch mehr in der Sowjetperiode, auch wenn Moskau die „weißruthenische Idee" absichtlich etwas herausstellte, um eine politische Fernwirkung auf die unter polnischer Herrschaft lebenden Weißruthenen auszuüben. In der Sowjetunion war Weißruthenien Glacis gegen Europa. In Minsk begann die Autobahn nach Moskau, hier konzentrierte das Sowjetsystem nicht nur militärische Machtmittel, sondern schuf sich auch ein Arsenal der Agitation. Aus der „riesigen Kleinstadt" der zaristischen Zeit wurde eine „kleinstädtische Großstadt" mit den typisch jüdisch-russischen Holzhausvierteln der Vergangenheit und dazwischen den protzigen seelenlosen Betonkolossen des „Hauses der Roten Armee", des „Leninhauses" und der „Oper". Das war ein Stück Weißruthenien.

Ein anderes Stück Weißruthenien aber bestand aus den bolschewisierten Dorfgemeinschaften, den Kolchosen, und den staatlichen Gütern, den Sowchosen, die alles in allem nicht in der Lage waren, mehr als nur den notdürftigsten Eigenbedarf der ortsansässigen Bevölkerung zu decken. Von landwirtschaftlichen Ueberschüssen war in Weißruthenien nicht die Rede, aber es gehörte auch nicht zu den Zuschußgebieten, die sich nördlich in Richtung Leningrad anschlossen. Immerhin umfaßte der landwirtschaftlich genutzte Sektor nur ein Drittel des weißruthenischen Raumes. Rund ein Fünftel sind Grünland, etwas größer ist noch das ausgesprochene Oedland mit riesigen Mooren, und schließlich ist ein Viertel des Gebietes von Wald bedeckt. „Wald" aber nicht in unserem Sinne, sondern etwa zu verstehen als schwer zu durchdringende urwaldähnliche Wildnis, in der das ehemals zahlreiche Wild fast ausgerottet worden ist durch unverantwortliche Raubjagd. Nur Wasservögel nisten auf den einsamen Tümpeln im Moor.

Als der Feuerbrand des Krieges über das Land hinweggegangen war, blieben im buchstäblichen und im übertragenen Sinne auf allen Gebieten Trümmer zurück. Minsk beispielsweise ist eine Ruinenstadt, aus der die heil gebliebenen Gebäude wie Fremdkörper herausragen. Daß der größte Teil der Bevölkerung den Winter lebend überstanden hat, trotz der bitteren Kälte, ist nur dem Umstand zu danken, daß die „Katen" an der Peripherie der Stadt unversehrt geblieben waren und nun Unterschlupf für Tausende boten. Der bisher schon nicht sehr reichliche Viehbestand war stark zurückgegangen. Die Traktoren standen ohne Betriebsstoff da, die Männer waren fort, es fehlte alles und überall.

So sahen die Dinge aus, als die deutsche Verwaltung zu arbeiten begann. Und wenn heute der größte Teil der Felder bestellt ist, obwohl den Bauern meist nur die Wahl gelassen werden konnte, ob sie ein Pferd oder eine Kuh, nicht aber beides zusammen haben wollten, wenn aus 1400 Kolchosenwirtschaften 128 000 einzelne Hofstellen gemacht werden konnten, und wenn man trotz allen Schwierigkeiten eine Ernte einzubringen hofft, die etwa einem Drittel des auf deutschen Böden erzielten Ertrages entsprechen würde, so sind das alles ganz hervorragende Zeugnisse für die deutsche Leistung. Denn hier in Weißruthenien konnte man nicht auf eine einheimische Selbstverwaltung zurückgreifen, hier mußte die ganze Verwaltung in deutsche Hände gelegt werden, weil die Voraussetzungen für wirksame Mitarbeit ortsansässiger Faktoren fehlten.

Ein Problem für sich ist die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Geräten — an Gebrauchswaren kann vorläufig natürlich noch gar nicht gedacht werden —, die angesichts der Umstellung der Feldwirtschaft unentbehrlich sind. Wir hatten Gelegenheit, ein Mustergut zu besichtigen und hörten von Plänen, die Pferdezucht und die Rindviehzucht durch Heranschaffung guten deutschen Zuchtmaterials wesentlich zu verbessern, und von manchen anderen weitgreifenden Absichten, über die jetzt noch nicht gesprochen werden kann. Wir weilten mit dem Generalkommissar Kube in einem Dorf unter Bauern und erlebten eine Unterrichtsstunde. Und wir stehen vor Setzmaschinen, an denen Artikel für die in Minsk erscheinende deutsche Zeitung gesetzt werden. Ich rede eine der weißruthenischen Setzerinnen an: sie kann kein Wort Deutsch — und doch setzt sie ziemlich fehlerlos deutsche Maschinenschrift. Auch hier ein Stückchen Zukunft. Wenn wir zum Schluß noch einem Kameradschaftsabend erwähnen, bei dem der Generalkommissar mit seinen Mitarbeitern, mit Offizieren der Wehrmacht und den bereits in Minsk tätigen deutschen Frauen und Mädchen künstlerischen Darbietungen folgte, die vom Chor und vom Ballett der Minsker weißruthenischen Oper und — von einer Kapelle aus Berlin

SLUB
Wir führen Wissen.